

Care- und Klimakrise zusammen denken und für eine grundlegende Neujustierung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen

- *Ein Zwischenruf in Zeiten von Corona* -

Uta Meier-Gräwe

Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, was viele Bürger*innen in den letzten Jahren nicht mehr für möglich gehalten haben: Politik erweist sich als handlungsfähig und vermag im Interesse des Gemeinwohls entschlossen und mitunter atemberaubend schnell zu agieren.

Zurück zum Primat der Politik?

Über Jahre als alternativlos ausgegebene Grundsätze, wie die schwarze Null oder die Schuldenbremse, wurden über Bord geworfen. Verwundert reiben wir uns die Augen: Binnen kürzester Zeit werden 1.500 Milliarden Euro locker gemacht, um ein gerade auf 80 % aufgestocktes Kurzarbeitergeld zu zahlen und drohende Insolvenzen abzuwenden. Schon ist die Rede von der „Corona-Solidargemeinschaft“.

Der bayerische Ministerpräsident entpuppt sich als besonders zupackender Krisenmanager. Schulen in Bayern bleiben länger geschlossen als anderswo, und das legendäre Oktoberfest ist für 2020 abgesagt. Aber war es nicht eben dieser Markus Söder, der die Grünen noch vor ein paar Monaten bei jeder sich bietenden Gelegenheit als „Verbotspartei“ attackiert hat? Vergessen und vorbei.

Führende Politiker*innen bieten plötzlich im Interesse der Gesundheit der Bevölkerung selbst einflussreichen Unternehmen und ihren Verbänden Paroli, die bereits wieder eine schnellere Rückkehr zur „Normalität“ fordern.

Schwere Schnitzer, wie ihn Gesundheitsminister Jens Spahn - trotz Abstandsgebot - im völlig überfüllten Aufzug des Gießener Universitätsklinikums geliefert hat, treten gegenüber der Anerkennung für parteiübergreifendes Handeln im Interesse der Gesundheit und insbesondere des Schutzes von Risikogruppen wie alte Menschen und solche mit Vorerkrankungen in den Hintergrund. So haben sich viele eigentlich einen fürsorglichen Sozialstaat vorgestellt. Gleichzeitig betonen Regierungsvertreter*innen von Bund und Ländern immer wieder, dass die bürgerlichen Freiheitsrechte vollumfänglich wiederhergestellt werden sollen, sobald es die Lage erlaubt. Die Kanzlerin nennt die Pandemie eine „demokratische Zumutung“ – in der Tat. Die Zustimmungswerte für entschlossenes Regierungshandeln schnellen derzeit in die Höhe. Auch wenn das schnell wieder kippen kann: Sollte die Corona-virus-Pandemie wirklich eine Chance zur grundsätzlichen Neujustierung von Wirtschaft und Gesellschaft eröffnen? Es könnte so sein.

Sehnsucht nach den alten Verhältnissen?

Ein Zurück zur früheren Normalität, wie wir sie bis zum Februar 2020 gelebt haben, wird es jedenfalls nicht geben. Die rückwärtsgewandte Romantisierung des Status Quo ante, die sich hier und dort beobachten lässt, je länger der Lockdown andauert, wäre in jedem Fall fatal. Erinnern wir uns: Die Blütezeit der neoliberalen Ideologie einer unbegrenzten Globalisierung, die mit dem notorischen Ruf nach einer Verschlinkung des Staates und mehr Eigenverantwortung für alles und jedes einherging, hatte schon in den Jahren vor Corona zu erheblichen sozialen Verwerfungen weltweit und zu einem Vertrauensverlust in die Institutionen des Rechtsstaates geführt. Auch das Erstarken der Rechtspopulisten ist in diesem Kontext zu sehen. Vielen von uns war im Grunde klar, dass das Paradigma des Neoliberalismus, das davon ausging, dass eine globalisierte Wirtschaft gleichsam naturwüchsig gesellschaftlichen Wohlstand für alle generieren würde, seine Heilsversprechen keineswegs eingelöst hat. Stichworte wie die Finanzkrise von 2008 oder die unge löste Flüchtlingskrise mögen an dieser Stelle genügen. Die hemmungslose Verwertungslogik von natürlichen und sozialen Ressourcen unseres Planeten über Jahrzehnte hinweg hat eine schwere Klimakrise und eine geradezu obszöne ökonomische und soziale Ungleichheit weltweit verursacht. Für einen relativ kleinen Teil der reichen Länder des Nordens, aber auch für viele vormals benachteiligte soziale und kulturelle Gruppen wie Schwule und Lesben oder religiöse Minderheiten hat sie gleichwohl auch neue Freiheiten hervorgebracht.

Obszöne Ungleichheiten und fragwürdige Freiheiten – Zwei Seiten einer Medaille

Der Soziologe Ulrich Beck prägte bereits in den 1980er Jahren die These von der fortschreitenden Individualisierung (Beck 1986). Menschen lösen sich zunehmend aus den Zwängen von tradierten Familien- und Verwandtschaftszusammenhängen heraus, um zu lustvollen Biographiebastlern und selbstbestimmten Kapitänen ihrer Lebensläufe jenseits von Stand und Klasse zu werden. Dass hat zwar so nie für alle Menschen gestimmt, aber die Suchbewegungen nach mehr Selbstverwirklichung und Authentizität in einer ausdifferenzierten Konsumgesellschaft, die immer neue Bedürfnisse weckt und sie als Events der Erlebnisgesellschaft verkauft, nahmen damals ihren Anfang. Inzwischen treiben sie allerdings höchst seltsame Blüten. So müssen wir uns fragen, ob es im Namen der Freiheit wirklich so weiter gehen kann, dass sich betuchte Rentnerehepaare auf überdimensionierten Kreuzfahrtschiffen einquartieren und sich von einer neuen „Service class“ über und unter Deck monatelang bedienen und „just for fun“ über die Weltmeere schippern lassen. Oder dass Freundinnen für 22,90 Euro pro Flug nach London übers Wochenende zum Shoppen fliegen und das mehrmals im Jahr? Geiz ist geil. Wirklich? Unwillkürlich kommt einem das Wort „dekadent“ in den Sinn.

Auf der anderen Seite: Der massive Ausschluss von Menschen vom gesellschaftlichen Wohlstand, insbesondere der neuen Dienerklasse, deren Lebenswirklichkeit Christoph Bartmann in seinem Buch „Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal“ in einer Art von eingeschlossener Beobachtung für New York eindrücklich beschrieben hat (Bartmann 2016).

Und das ist ja keineswegs nur in den USA der Fall. Wie kommen wir eigentlich dazu, unsere Carekrise in kolonialistischer Manier unter Rückgriff auf unterbezahlte transnationale Hausangestellte nach dem Geschäftsmodell der 24-Stunden-Indoor-Pflege „lösen“ zu wollen und ihnen kein Recht auf einen 8-Stunden-Tag zu gewährleisten, unterlegt mit dem lapidaren Hinweis, dieses ließe sich im privaten Umfeld ohnehin nicht kontrollieren? Hier verbreitet sich gerade in deutschen Privathaushalten ein Beschäftigungsverhältnis, das weit unter den Standards des deutschen Arbeitsrechts liegt. Auch das kann so nicht bleiben. Ganz abgesehen von den Versorgungslücken, die auf diese Weise in den Herkunftsländern dieser Frauen entstehen. Auch sie haben Kinder und betreuungsbedürftige Familienangehörige.

Wer sind die Leistungsträger unserer Wirtschaft?

Corona hat jedenfalls endlich auch für die breite Öffentlichkeit deutlich gemacht hat, was in Fachkreisen schon seit Jahren betont wird: Das Funktionieren einer Gesellschaft wird nicht nur durch Hochqualifizierte gesichert, die sich gern als die eigentlichen „Leistungsträger“ sehen, sondern eben auch durch Reinigungskräfte, Kassierer*innen, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen, Müllwerker und Pflegekräfte, oft mit migrantischem Hintergrund. Dieser unumstößliche Tatbestand darf sich aber eben nicht nur in einer verbalen und symbolischen Anerkennung niederschlagen, wie es derzeit allabendlich auf den Balkonen um 21 Uhr passiert.

Vielmehr muss sich die Systemrelevanz dieser Berufe in einer entsprechenden Bezahlung und in der selbstverständlichen Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand bei denjenigen niederschlagen, die diese Dienstleistungen für uns alle erbringen. Wirtschaft ist Care, so hat es die Schweizer Theologin Ina Prätorius auf den Punkt gebracht (Prätorius 2015).

Überlassen wir also nicht den alerten Newcomern wie Carsten Linnemann, Vorsitzender der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, oder Johannes Vogel, zuständig für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik des FDP-Bundesvorstands, die Definitionsmacht für die Zeit nach Corona. Sie sind schon wieder dabei, die Grundrente oder die geplante Einmalzahlung für Pflegekräfte verschieben oder gar in Frage stellen zu wollen.

Was kommt nach dem neoliberalen Paradigma?

Doch wenn das neoliberale Paradigma der Privatisierung und des weitgehenden Rückzugs des Sozialstaates angesichts dieser Analyse ausgedient hat, was kann an seine Stelle treten? Der Soziologe Andreas Reckwitz schlägt angesichts der weitgehenden Komplexität und Eigendynamik der Gesellschaft einen „einbettenden, regulierenden“ Liberalismus vor (Reckwitz 2019). Es gelte zum Beispiel die Grundversorgung der Infrastruktur - also Verkehr, Gesundheit, Energie, sozialen Wohnungsbau, Bildung und öffentliche Sicherheit, die in den zurückliegenden Jahren von der neoliberalen Ökonomisierung weitgehend privatisiert und damit Marktmechanismen mit teils verheerenden Folgen ausgesetzt wurde, wieder in staatliche Hand zu nehmen: Es handle sich hierbei um eine Grundlagenökonomie, deren Funktionsfähigkeit die Basis der Lebensqualität für alle darstellt (ebd.: 297).

Ganz in diesem Sinne argumentiert auch der Bundesärztekammerpräsident Klaus Reinhardt. Er fordert für die Zeit nach der Krise ein neues Finanzierungsmodell für Krankenhäuser in Deutschland. „Kliniken sind Einrichtungen der Daseinsfürsorge und keine Industriebetriebe. Krankenhäuser müssen dem Patienten dienen, nicht dem Profit.“ Das müsse sich ins kollektive Gedächtnis einbrennen, forderte Reinhardt. Genau.

Carearbeit ist das Fundament von Wirtschaft

Das gilt allerdings ebenso für den sozialen Wohnungsbau, für Bildungseinrichtungen, Frauenhäuser und Altenpflegeeinrichtungen. Zurecht betont die Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Hauswirtschaft, Prof. Dr. Angelika Sennlaub, in einer Pressemitteilung vom 20.04.2020, dass es um eine höhere Wertschätzung von Berufen der **Sozialen Arbeit**, der **Hauswirtschaft** und haushaltsnaher Dienstleistungen, **Gesundheit**, **Pflege** und **Erziehung (SAHGE-Berufe)** gehe und diese in ihrer Gesamtleistung zu betrachten sind (Sennlaub 2020).

Es darf in der Tat unter keinen Umständen zugelassen werden, dass die Leistung einzelner Berufsgruppen herausgelöst wird, weil das wiederum zu ganz und gar unangebrachten berufsständischen Abgrenzungen und Hierarchisierungen führen würde. Gut geschulte Reinigungskräfte in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und Schulen sichern eine essentielle Grundversorgung, auf der alles andere aufbaut. Es mutet schon einigermaßen grotesk an, dass sich die derzeit so gefragten Mitglieder von Bildungs- und Expertenkommissionen, die ihre eigenen Kinder auf privilegierten Privatschulen und Gymnasien gut versorgt wissen, im Angesicht der Corona-Pandemie offensichtlich erstmals mit den teils katastrophalen hygienischen Bedingungen an öffentlichen Schulen befasst haben. Ein weiteres Beispiel für pathologisches Lernen.

Und auch so manches Regierungsmitglied wäre gut beraten, sich diesbezüglich etwa an den längst vorliegenden Handlungsempfehlungen des Zweiten Gleichstellungsberichts zu orientieren. Bereits im Januar 2017 wurde die Entwicklung einer zusammenhängenden Strategie zur Aufwertung und Neubewertung der SAHGE-Berufe nachdrücklich gefordert. Das ist über drei Jahre her.

Und es geht auch nicht an, dass Mütter nun über Monate Kinderbetreuung, Home-schooling, Haushalt und Homeoffice irgendwie privat organisieren. Auch in diesem Handlungsfeld ist kreatives und schnelles politisches Handeln gefragt. Demgegenüber ist ein Rückfall in tradierte Muster der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung das Letzte, was wir jetzt brauchen können.

Neujustierung zwischen nachhaltigem Wirtschaften und eingehegten persönlichen Freiheiten

Selbstverständlich werden nach Corona insgesamt ganz neue Spielregeln für die Wirtschaft gelten müssen: Das Primat der Politik könnte sich etwa darin manifestieren, dass Konjunkturförderprogramme für die Automobilindustrie ausschließlich Anreize für alternative Antriebstechnologien setzen oder die Einführung eines Gutscheinmodells für haushaltsnahe Dienstleistungen endlich realisiert wird – ein Vorhaben, das im aktuellen Koalitionsvertrag zwar formuliert, aber immer noch nicht in Angriff genommen wurde. Auch grenzenlos globalisierte Versorgungsketten sind zu hinterfragen. Im Angesicht der skandalösen Knappheit von bestimmten Medikamenten und Schutzkleidung wird bereits überlegt, bestimmte Produktionslinien nicht länger aus der Hand zu geben und sie zumindest teilweise (wieder) im eigenen Land bzw. in Europa zu implementieren.

Ein vorsorgender Sozialstaat, der dem Paradigma eines „einbettenden Liberalismus“ folgt, muss zugleich auch die Klimakrise entschieden angehen. Es wird den Aktivist*innen der „Fridays for Future – Bewegung“ in Zukunft nicht zu vermitteln sein, warum die während der Corona-Pandemie entschlossen agierenden politischen Entscheidungsträger nicht auch die Dekarbonisierung der Wirtschaft zügig auf den Weg bringen oder nicht vehement gegen die Nitratbelastung unseres Trinkwassers vorgehen können.

Die Corona-Pandemie hat systemische Ursachen

Aber auch unsere persönlichen Freiheiten werden in bestimmtem Umfang eingehegt, d. h. begrenzt werden müssen. Nein, die Corona-Pandemie ist keine Strafe Gottes für menschliche Verfehlungen. Sie ist vielmehr ein systemisches Phänomen, verursacht durch eine unglaubliche Beschleunigung von Warenströmen und eine weltumspannende Mobilität von Menschen, ausgelöst durch eine entfesselte globalisierte Ökonomie.

Die fortschreitende Landnahme und zurückgedrängte Habitats von unterschiedlichen Tierarten erhöhen die Übertragbarkeit diverser Krankheitserreger von Tieren auf den Menschen. Und eh wir auf China und andere Länder zeigen: Deutschland gehört inzwischen zu einem der Hauptimportländer von exotischen Tierarten. Reptilien und Amphibien gelten hier zu Lande inzwischen als beliebte Haustiere. Nicht nur Tierschützer treibt das um. Jetzt erlangt das Ganze plötzlich auch gesundheitspolitische Relevanz. Ein regulierender und vorsorgender Sozialstaat müsste also die Importe von Wildfängen nach Deutschland und in die EU entschieden einschränken, um in Zukunft das Risiko für Pandemien zu senken.

Und ja, wir werden auch ganz grundsätzlich über unser Verhältnis zur Natur nachdenken müssen: Etwa über ein Kontingent an natürlichen Ressourcen, die jedem Menschen bereits in seiner Geburtsurkunde im Sinne eines nachhaltigen ökologischen Fußabdrucks zugewiesen wird. Dann kann sich jede*r entsprechend persönlicher Präferenzen diese Ressourcen entlang seines Lebensverlaufs einteilen. Andreas Reckwitz ist vollkommen zuzustimmen: Die Eigendynamik der Gesellschaft bedarf bestimmter Rahmungen, und die individuelle Freiheit „kann nicht grenzenlos gelten“ (Reckwitz 2019: 292).

Neue demokratische Beteiligungsformen: Konvente, Zukunftsbündnisse und Bürger*innenräte

Last but not least wird es bei einer Neujustierung von Wirtschaft und Gesellschaft nach Corona aber auch darum gehen, die politischen Teilhabechancen der Bürger*innen über ihr Wahlrecht und die Reaktivierung des Versammlungs- und Demonstrationsrechts hinaus merklich zu erweitern. Christian Felber, der Begründer der Gemeinwohlökonomie, plädiert für intelligente Verfahren, die eine souveräne Demokratie überhaupt erst ermöglichen: In Konventen, die sich aus Bürger*innen unterschiedlichen Alters und Geschlechts zusammensetzen und verschiedene soziale und kulturelle Milieus und Berufsbranchen repräsentieren, könnte über verschiedene gesellschaftsrelevante Themen diskutiert und demokratisch abgestimmt werden. Von den Konventmitgliedern eingebrachte Vorschläge, etwa zu gesellschaftsweit akzeptablen Einkommensunterschieden, haben in mehreren Experimenten in unterschiedlichen Ländern wiederholt zu dem Ergebnis geführt, dass die höchsten Einkommen maximal auf das 10-fache des Mindestlohns begrenzt werden sollten. Der ehemalige VW-Chef Martin Winterkorn hat 2011 ein etwa 350-mal so hohes Einkommen wie ein VW-Arbeiter am Band bezogen. Doch selbst das ist noch zu toppen: In der Finanzwirtschaft machen die Spitzengehälter inzwischen das bis zu 350.000-Fache der Mindestlöhne aus... (Felber 2019: 228).

Der Sozialhistoriker Wehler kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass es in der neueren Zeitgeschichte keine andere Berufsklasse wie die Manager von Vorständen gibt, die mit derart ungebremseter Habgier ihrem Drang nach Einkommens- und Vermögenssteigerung gefolgt sind (Wehler 2013: 63).

Ein guter Anfang wäre es also für die Zeit nach Corona, dem Vorschlag von Robert Habeck, einer der Bundesvorsitzenden der Grünen, zu folgen und Bürger*innenräte bzw. Zukunftsbündnisse zu gründen. Diese sollten sich aus zufällig gelosten Bürger*innen zusammensetzen, die über Konsequenzen aus der Pandemie beraten und gesellschaftliche Schlüsse daraus ziehen. „Holt das Wissen, die Erfahrung, die Ideen der Leute ab!“, schreibt er auf seiner Internetseite.

Literaturverzeichnis

- Beck U (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. edition suhrkamp, Band 1365.
- Bartmann Ch (2016): Die Rückkehr der Diener. Das neue Bürgertum und sein Personal. Hanser Literaturverlage.
- Felber Ch (2019): This is not Economy. Aufruf zur Revolution der Wirtschaftswissenschaft. Hanser Literaturverlage.
- Prätorius I (2015): Wirtschaft ist Care: Die Wiederentdeckung des Selbstverständlichen. Publication Series on Economic and Social Issues. Heinrich Böll Stiftung. <https://www.boell.de/de/2015/02/19/wirtschaft-ist-care-oder-die-wiederentdeckung-des-selbst-verstaendlichen> (zuletzt abgerufen am 30.04.2020).
- Reckwitz A (2019): Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne. edition suhrkamp, Band 2735.
- Sennlaub A (2020): Corona und die Hauswirtschaft. Das tun unsere Mitglieder. Pressemitteilung der dgh vom 20.04.2020. In: Hauswirtschaft und Wissenschaft (68) 2020, ISSN online 2626-0913. <https://haushalt-wissenschaft.de> (zuletzt abgerufen am 29.04.2020).
- Wehler HU (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland. Beck Reihe Band 6096.

Autorin

Prof.'in i.R. Dr. Uta Meier-Gräwe, Professur für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Mitglied der Sachverständigenkommission des Ersten und Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung und der Familienpolitischen Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung.

Kontakt: uta.meier-graewe@haushalt.uni-giessen.de

Interessenkonflikt

Die Autorin erklärt, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Zitation

Meier-Gräwe U (2020): Care- und Klimakrise zusammen denken und für eine grundlegende Neujustierung von Wirtschaft und Gesellschaft nutzen - Ein Zwischenruf in Zeiten von Corona. Hauswirtschaft und Wissenschaft 68 (2020) ISSN online 2626-0913. DOI 10.23782/HUW_11_2020.